

LIBERAL .NRW

02
23

Machen, was wichtig wird.

DAS FDP-MAGAZIN VON PARTEI UND FRAKTION IN NORDRHEIN-WESTFALEN

Bundesparteitag

Machen,
was wichtig wird

Migrationspolitik

Forderungen
für eine Neuordnung

Bilanz

Ein Jahr
Schwarz-Grün in NRW

Liebe Leserinnen und Leser,

vor knapp einem Jahr kam die schwarz-grüne Regierung ins Amt. Die Aufgaben innerhalb der NRW-Landespolitik sind seitdem sehr klar verteilt: Die FDP-Fraktion im Landtag unterbreitet im Wochentakt konstruktive Vorschläge, um unser Land freier und moderner zu gestalten. Die Landesregierung wirkt ambitionslos. Sie schafft es zum Beispiel nicht, einen seriösen Haushalt aufzustellen, und scheitert damit am Einmaleins des Regierungshandwerks. Ministerpräsident Hendrik Wüst nimmt Fototermine wahr und verleiht Orden – um die wirklichen Herausforderungen des Landes macht er einen großen Bogen. **Nordrhein-Westfalen wird repräsentiert, aber nicht regiert.** Wir Freie Demokraten zeigen, wie es besser gehen kann.

Auf unserem **Bundesparteitag** im April haben wir ein klares Signal gesetzt: Auch in Regierungsverantwortung entwickeln wir neue Ideen für unser Land. Wir wollen das Fundament für eine freie, digitale und klimaneutrale Zukunft legen. Dafür braucht es solide Finanzen statt Schuldenbergen, Investitionen statt Umverteilung, Marktwirtschaft statt Subventionen. Als Landesverband NRW haben wir die Debatten maßgeblich mitgeprägt und eigene Initiativen eingebracht. **Aus unseren Reihen kam auch der Dringlichkeitsantrag für dringend notwendige Korrekturen am Heizungsgesetz von Robert Habeck.** Und im neuen Bundesvorstand sind wir stark vertreten, an der Spitze mit unserem wiedergewählten Bundesvorsitzenden Christian Lindner.

In der vergangenen Ausgabe haben wir Ihnen das Arbeitsprogramm des Landesvorstandes vorgestellt, mit dem wir unsere Parteiarbeit modernisieren wollen. In diesem Zusammenhang entwickeln wir unsere **Landesfachausschüsse** weiter. Was wir verändert haben und wer ab sofort Verantwortung für unsere Landesfachausschüsse als **programmatische „Ideenschmieden“** trägt, erfahren Sie in dieser Ausgabe unseres Magazins.

Schließlich freut es mich sehr, dass wir mit unserer Petition zu den **Erschließungsbeiträgen** ein klares Signal in Richtung Landesregierung senden konnten. Knapp 15.000 Unterschriften in nur wenigen Wochen sprechen eine klare Sprache: **Wir machen Politik für Bürgerinnen und Bürger, die Landesregierung hingegen für langsame Kämmerer.**

Herzliche Grüße

Ihr 
Henning Höne



henning-hoene.de



facebook.com/henninghoene



twitter.com/henninghoene



instagram.com/hhoene



HENNING HÖNE

Vorsitzender des
FDP-Landesverbandes NRW und
der FDP-Landtagsfraktion NRW

IMPRESSUM

HERAUSGEBER:

FDP-Landesverband NRW und
FDP-Landtagsfraktion NRW

REDAKTION:

verantwortlich für Inhalt und
Seiten des Landesverbandes:
Raphael Landua;
verantwortlich für Inhalt und
Seiten der Landtagsfraktion:
Tobias Havers

ANSCHRIFT DER REDAKTION:

FDP NRW, Wolfgang-Döring-Haus,
Sternstraße 44, 40479 Düsseldorf,
nrw@fdp.de;

FDP-Landtagsfraktion NRW, Platz
des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
fdp-fraktion@landtag.nrw.de

VERLAG:

Liberale Wirtschafts-
Dienstleistungs GmbH

REDAKTIONSSCHLUSS:

26.05.2023

GESTALTUNGSKONZEPT, LAYOUT UND SATZ:

www.lockvogel-hamburg.de

GEDRUCKT AUF:

Umschlag: Circle Offset – IGEPÄ;
Innen: Holmen TRND – IGEPÄ

DRUCK UND PRODUKTION:

Beisner Druck GmbH & Co. KG

FÜR UNSERE ZUKUNFT

Die LIBERAL.NRW
wird aus nachhaltigen
Papierprodukten
hergestellt.

Unsere Papierauswahl
ist FSC®-zertifiziert.



UND WAS BEDEUTET DAS?

Weitere Informationen rund um
das Thema FSC®-Zertifizierungen
können Sie online nachlesen unter:
www.fsc-deutschland.de

ERSCHLIESSUNGSBEITRÄGE



LANDTAGSFRAKTION

**BELASTUNG
IN HÖHE
VON
HUNDERTEN
MILLIONEN
EURO**

Auch die nordrhein-westfälische FDP-Landtagsfraktion fordert eine Kurskorrektur. Fachleute haben offengelegt: Die Landesregierung will Anwohnerinnen und Anwohner mit Hunderten Millionen Euro belasten. Dazu erklärt Dirk Wedel, kommunalpolitischer Sprecher in der FDP-Landtagsfraktion: „Wie der Westdeutsche Rundfunk berichtete, verlangen einige Städte von einzelnen Anliegern zwischen 15.000 und 25.000 Euro. In Zeiten von Inflation, hohen Energiepreisen und gestiegenen Zinsen ist das vor allem unerwartet eine besonders harte Belastung.“ Von dem Zeitpunkt an, an dem der Teer vor der Haustür der Bürgerinnen und Bürger trocken sei, sollte die Kommune maximal zehn Jahre Zeit haben, die Rechnung zu stellen. Unabhängig vom Zustand der Straße müssten alle Baumaßnahmen 25 Jahre nach dem ersten Spatenstich abgerechnet werden, fordert Wedel. Mit den Freien Demokraten in der Landesregierung wurden im letzten Jahr bürgerfreundliche Fristen eingeführt. CDU und Grüne machen die Rolle rückwärts. ■



Online-Kampagne der FDP NRW:

LANDESVERBAND

**FDP SAMMELT 15.000
UNTERSCHRIFTEN
GEGEN
CDU-KOSTENHAMMER**

Viele Familien in NRW erfüllen sich ihren Traum vom Eigenheim im Neubaugebiet. An den Kosten für die dort oft neu gebauten Straßen können sie beteiligt werden – und das zukünftig viel länger als bisher: CDU und Grüne wollen in NRW die Verjährungsfrist für Erschließungsbeiträge verdoppeln, die Frist ab Spatenstich sogar ganz fallen lassen: Damit kann der Preisschock dann auch noch nach 20 Jahren oder später kommen. Gegen diese Politik hat die FDP NRW eine Online-Petition gestartet. Über 15.000 Menschen sind dem liberalen Aufruf gefolgt und haben mit ihrer Unterschrift Unterstützung bekundet. Der Vorsitzende des freidemokratischen Landesverbandes, Henning Höne, unterstreicht: „Schluss mit Rechnungen aus dem letzten Jahrhundert! Wir wollen Politik für die Bürgerinnen und Bürger, nicht für langsame Kämmerer.“ Die Petition ist weiterhin online und es können weitere Menschen der Forderung Nachdruck verleihen. ■



Zur Petition:

LANDTAGSFRAKTION
ZWISCHENBILANZ



POLITIK NACH DER DEVISE „PLEITEN, PECH UND PANNEN“

NEUE BROSCHÜRE ZUR ZWISCHENBILANZ VON CDU UND GRÜNEN IN NRW

Nordrhein-Westfalen hat ein Führungsproblem. Auf der Suche nach Zerstreuung entpolitisiert Ministerpräsident Hendrik Wüst zunehmend die Landespolitik. Fototermine, Einweihungen und Ordensverleihungen: viel Schein, wenig Sein. Wüst wirbelt in Berlin Staub auf, um von den handwerklichen Mängeln im NRW-Regierungsalltag abzulenken. In unserem Bundesland wird repräsentiert, nicht regiert. Dabei steht NRW als Bildungs- und Wirtschaftsland vor gewaltigen Herausforderungen, die Lösungen verlangen. Die fehlende Führungspräsenz hat ihren Preis: Das Kabinett von Hendrik Wüst hat in den letzten zwölf Monaten eine Pannenserie verursacht, die für die gesamte Legislatur bis 2027 auskömmlich wäre. Die schwarz-grüne Zwischenbilanz und eine Rückschau unserer Arbeit im ersten Oppositionsjahr haben wir als FDP-Landtagsfraktion NRW jetzt in einer kompakten Broschüre zusammengefasst. Auch die liberale Zukunftsperspektive kommt natürlich nicht zu kurz.

Ob Abiturpanne, Brückendesaster oder Chaoshahhalt: Das Pannen-ABC von Schwarz-Grün liest sich wie ein nicht enden wollender Politkrimi, der mit einem Groschenroman gekreuzt wurde. Nur ein Beispiel von vielen: Kaum ist die FDP nicht mehr in Regierungsverantwortung, schon kann die Landesregierung nicht mehr rechnen. Das Chaos, das Ministerpräsident Wüst und sein Finanzminister Marcus Optendrenk im Beratungsverfahren zum NRW-Landeshaushalt verursacht haben, sucht seinesgleichen. Unser Entlastungs- und Härtefallprogramm „NRW.hilft“ hätte sich hingegen verfassungskonform, ohne Sondervermögen und ohne neue Schulden finanzieren lassen. Nicht nur haben wir mangelhaftes und verfassungswidriges Management in der Krise gesehen. Als Freie Demokraten in konstruktiv-kritischer „Serviceopposition“ liefern wir im Landtag fortlaufend Pannenhilfe in Bildungs-, Energie-, Finanz- und Wirtschaftspolitik.

Für eine einfachere Grundsteuer hat die FDP-Fraktion schnell einen Gesetzesentwurf vorgelegt, den ersten der neuen Legislatur. Mit einem weiteren Gesetzesentwurf wollen wir der beruflichen Bildung Verfassungsrang geben. Als erste Landtagsfraktion haben wir ein nachhaltiges Maßnahmenkonzept eingebracht, um Personalengpässe in der frühkindlichen Bildung aufzulösen. Mit unseren Positionspapieren zeigen wir den Weg in ein neues Energiezeitalter, zu einem effizienten und starken öffentlich-rechtlichen Rundfunk sowie zu einer neu geordneten Migrations- und Integrationspolitik auf. Im Mai 2023 hat der Untersuchungsausschuss „Brückendesaster und Infrastrukturstau“ des Landtags seine Arbeit aufgenommen. Denn wir wollen wissen, welche Rolle Hendrik Wüst beim Brückendesaster von Lüdenscheid spielte.

In unserer Bilanzbroschüre beleuchten wir außerdem die schulpolitische Pannenserie von Ministerin Dorothee Feller, berichten vom grünen Hinterzimmer-Deal der Energieministerin Mona Neubaur und legen dar, wie Ministerin Ina Scharrenbach des Bürgers Pleite für Kämmerers Freude riskiert. Überdies erfahren Sie, warum Verkehrsprojekte in NRW nur mit der FDP beschleunigt werden. Und wir zeigen, was wichtig wird. Denn die CDU ist nur so wirtschaftsfreundlich wie ihr Koalitionspartner. Und der sieht derzeit nur seine Klimaagenda. Unsere Zukunft heißt: ein starker Standort NRW! ■

Bestellen Sie jetzt die neue Broschüre der FDP-Landtagsfraktion. Scannen Sie dafür einfach diesen QR-Code mit dem Smartphone ein:



Broschüre
bestellen:



Oder senden Sie eine E-Mail an:
fdp-fraktion@landtag.nrw.de

HÖNE: „WIR MÜSSEN DIE MIGRATIONS- UND INTEGRATIONSPOLITIK NEU ORDNETEN“

Nordrhein-Westfalen nimmt mit seinen 18 Millionen Einwohnern mehr Flüchtlinge aus der Ukraine auf als Frankreich mit 65 Millionen Einwohnern. Das ist das Ergebnis der Politik CDU-geführter Regierungen unter Bundeskanzlerin Angela Merkel. Jahrelang wurde es versäumt, eine geregelte Verteilung von Flüchtlingen innerhalb Europas durchzusetzen. Dieses Defizit geht zu Lasten der Flüchtlinge und der Staaten, die sie aufnehmen und versorgen. Als Beitrag zur Problemlösung hat die FDP-Landtagsfraktion NRW jetzt elf Forderungen in einem Positionspapier formuliert.

„Wir müssen die Migrations- und Integrationspolitik neu ordnen. Denn nicht die Migration bereitet uns Probleme, sondern wie sie organisiert ist. Generationen von Einwanderern haben einen wichtigen Beitrag geleistet, NRW aufzubauen und mitzugestalten. Unser Bundesland wird auch in Zukunft auf Einwanderung angewiesen sein, um unseren Wohlstand zu sichern. Einwanderung darf jedoch nicht ungeordnet

erfolgen. Wir müssen diese stärker an unseren Interessen ausrichten. Mehrere Wirtschaftszweige werden ohne ausländische Arbeitskräfte ihr Leistungsangebot nicht mehr aufrechterhalten können“, sagt Henning Höne, Vorsitzender der FDP-Fraktion.

FLÜCHTLINGSVERTEILUNG OPTIMIEREN

Eines der aktuell drängendsten Probleme ist die Unterbringung neu ankommender Flüchtlinge. In vielen Kommunen ist der Wohnungsmarkt angespannt. Das Land NRW muss jetzt alle Instrumente aktivieren, um schnell zusätzliche reguläre Wohnungen zu schaffen. „Die Städte und Gemeinden brauchen dabei Flexibilität und Rückendeckung vom Land. Die schwarz-grüne NRW-Landesregierung von Hendrik Wüst schafft es trotz fortwährender Lippenbekenntnisse nicht, ausreichend Platzangebot in den Landeseinrichtungen zur Verfügung zu stellen. Rund 30.000 Plätze stehen aktuell bereit, gebraucht werden 80.000. Durch längere

Unterbringung in den Landeseinrichtungen sollten vorrangig nur Personen mit Bleibeperspektive den Kommunen zugewiesen werden“, betont Höne.

LIBERALITÄT UND VERBINDLICHKEIT

Die Freien Demokraten im Landtag NRW verfolgen zwei zentrale Ziele: Einerseits bekennen wir uns zu einer Politik der Liberalität. Wir wollen mehr legale Einwanderung in den Arbeitsmarkt ermöglichen. Wir stehen fest an der Seite unserer Städte und Gemeinden, die gerade eine außerordentliche Herausforderung meistern. Wir werden bürgerschaftliches Engagement weiter fördern und stärken. Asylrecht und Flüchtlingschutz setzen wir durch, zusammen mit unseren Freunden in Europa. „Andererseits verlangen wir mehr Verbindlichkeit. Denn nicht jeder Mensch, der zu uns kommt, kann bleiben. Und ein Europa ohne Binnengrenzen setzt für uns eine starke Außengrenze voraus“, sagt Höne. Zudem brauchen NRW und Deutschland insgesamt mehr Einwanderung in den Arbeitsmarkt und nicht in die Sozialsysteme. Deshalb wollen wir Freie Demokraten legale Einwanderung für Arbeitskräfte ermöglichen und irreguläre Migration reduzieren. ■



Gastbeitrag von
Henning Höne bei
Focus online



Das 11-Punkte-
Programm der
FDP-Landtagsfraktion
NRW im Überblick



LANDESVERBAND

BUNDESPARTEITAG

Machen, was wichtig wird.



**DEUTSCHES
VERÄNDERUNGS
WUNDER**



Mehr Informationen
zum #BPT23:



Highlights von
Christian Lindner:



FREIHEIT



Machen, was wichtig wird: Unter diesem Motto haben sich die Freien Demokraten im April in Berlin zum Bundesparteitag getroffen. Neben der Wahl des Bundesvorstandes ging es intensiv um Inhalte: Denn in einer veränderten Welt braucht es neue Impulse für Wachstum und Fortschritt. Wir wollen das Fundament unseres Wohlstands neu legen – für eine freie, moderne und klimaneutrale Zukunft. Deshalb wurden gemeinsam Antworten auf Fragen gesucht wie: Was braucht es, damit Deutschland ein Land der Chancen bleibt? Was müssen wir anpacken, um Deutschland wieder zukunftsfit zu machen?

„Wir wollen dafür sorgen, dass Deutschland immer freier, besser und moderner wird“, machte Christian Lindner in seiner Rede deutlich. Für die Freien Demokraten sei klar: Die Zukunft ist nichts, wovor wir uns fürchten müssen. „Wir kämpfen als FDP für ein modernes Deutschland, für gesellschaftlichen Fortschritt, wirtschaftliche Vernunft und Freiheit des Individuums. Der Auftrag ist noch nicht erfüllt. Wir stehen gemeinsam noch am Anfang!“

Wir leben in herausfordernden Zeiten, erklärte Bijan Djir-Sarai. „Wir Freie Demokraten sind bereit, unsere Zukunft aktiv mitzugestalten. Wir sagen Ja zu Wachstum, Ja zu Forschung und Innovationen, Ja zu Freiheit und Unternehmergeist, Ja zu Marktwirtschaft und stabilen Finanzen“, sagte er

bei der Einbringung des Leitantrages, der vom Bundesparteitag beschlossen wurde: Das Geschäftsmodell Deutschland erneuern, den Wirtschaftsstandort zukunftsfähig machen und das Fundament unseres Wohlstandes neu legen für eine freie, digitale, klimaneutrale Zukunft. Denn: „Fortschritt muss wieder bei uns stattfinden. Nutzen wir die Kraft, die in uns steckt. Machen wir, was wichtig wird!“

Bei den weiteren programmatischen Debatten konnte die FDP NRW inhaltliche Schwerpunkte setzen: Der Antrag „Einhaltung von Demokratie, Freiheit und Menschenrechten im Iran“ wurde beschlossen, der ein starkes Zeichen für die Menschenrechte im Iran setzt. Und auch die Debatte zur Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks wurde durch die nordrhein-westfälischen Freien Demokraten mitgeprägt. Unser Ziel: Wir wollen den ÖRR modern, leistungsfähig, ausgewogen und transparent machen.

Auch im Bundesvorstand ist der nordrhein-westfälische Landesverband weiterhin stark vertreten: Christian Lindner wurde als Bundesvorsitzender ebenso wiedergewählt wie Johannes Vogel als sein Stellvertreter und Bijan Djir-Sarai als Generalsekretär. Auch Henning Höne, Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Otto Fricke und Nicole Westig wurden in den Vorstand gewählt – ebenso wie die Vorsitzende der Jungen Liberalen, Franziska Brandmann. ■

„KITAS IN DER KRISE“

– ZWISCHENSPRINT FÜR MEHR FACHKRÄFTE

Die Fachkräftesituation in den nordrhein-westfälischen Kitas bleibt angespannt. In der Ende März 2023 veröffentlichten Studie des Deutschen Kitaleitungskongresses (DKLK) geben 95 Prozent der befragten Kita-Leitungen an, dass sich der Personalmangel in den vergangenen zwölf Monaten noch verschärft habe.

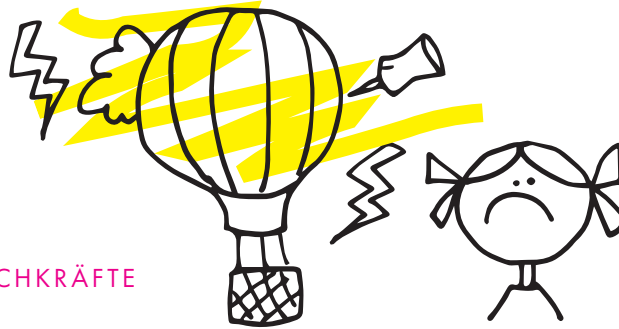
Die Ergebnisse sind kein Einzelfall: Auch Studien der Bertelsmann-Stiftung sowie des Paritätischen Gesamtverbandes machen deutlich, dass die Situation in Nordrhein-Westfalen im bundesdeutschen Vergleich besonders herausfordernd ist. „Wir blicken einem dramatischen Fachkräftemangel in den

NRW-Kitas entgegen. Je länger wir warten, desto schwieriger wird die Lage“, sagt Marcel Hafke, Parlamentarischer Geschäftsführer und Sprecher für Familie, Kinder und Jugend in der FDP-Landtagsfraktion.

Vor diesem Hintergrund ist das „Kita Sofortprogramm“ der NRW-Landesregierung aus CDU und Grünen, welches hauptsächlich auf kurzfristige Maßnahmen setzt, absolut unzureichend. Damit knüpft die NRW-Familienministerin Josefine Paul nicht an die breiten Maßnahmenpakete ihres Vorgängers Dr. Joachim Stamp (FDP) an. „Wenn nach einem Jahr von der schwarz-grünen Landesregierung noch immer nur geprüft wird, anstatt ergebnisorientiert anzupacken, dann ist das ein katastrophales Krisenmanagement. Die einzigen Stellen, die Ministerin Paul bisher geschaffen hat, sind zwei Referentenstellen in ihrem eigenen Haus“, kritisiert Hafke. Die FDP-Landtagsfraktion NRW hat deshalb mit einem Antrag die ersten konkreten langfristigen Maßnahmen zur Verbesserung der Fachkräftesituation in dieser Legislaturperiode in den Landtag eingebracht. „Die Fachkräftegewinnung ist ein Marathon, aber es braucht jetzt den Zwischensprint, um zum Teilnehmerfeld aufzuschließen“, fordert der Liberale.

FORDERUNGEN DER FDP-FRAKTION: „ZWISCHENSPRINT“ IM FACHKRÄFTEMARATHON

Die FDP-Fraktion fordert die Landesregierung auf, die Bedarfe der Kitaträger aufgrund der vielen Krisenlagen zu ermitteln und finanzielle Stabilität im System zu schaffen. Die Freien Demokraten schlagen ein breites Maßnahmenpaket vor: Die Dynamisierung der Kindpauschalen soll vorgezogen und Härtefälle müssen berücksichtigt werden. Für Fachkräfte, Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger sowie Auszubildende braucht es eine Quote. So kann nicht ausreichend qualifiziertes Personal fachlich angeleitet und geführt werden. Zudem sollen ausländische Fachkräfte anerkannt, Fachkräfte durch Verwaltungskräfte entlastet und Männer beim Kitapersonal verstärkt berücksichtigt werden. Die Bundesregierung bietet mit dem Kita-Qualitätsgesetz einen Finanzierungsschub von vier Milliarden Euro in den kommenden zwei Jahren, der genutzt werden sollte, um den Personalmangel zu bekämpfen. ■



LANDTAGSFRAKTION
KINDERTAGESSTÄTTEN



ERFOLG DER FDP-LANDTAGSFRAKTION: CDU UND GRÜNE GEBEN „BRÜCKENBLOCKADE“ AUF

66 NRW-
VERKEHRSPROJEKTE

Nordrhein-Westfalen ist bundesweit Pendlerland und Stau-land Nummer eins. Erhalt und Ausbau der Verkehrswege haben deshalb höchste Priorität. Die FDP-Landtagsfraktion setzt sich stark dafür ein, dass Planungs- und Genehmigungsverfahren schneller durchgeführt werden. Sonst droht NRW ein Verkehrskollaps.

Die FDP im Bund hat einen beschleunigten Ausbau zahlreicher Verkehrsprojekte in der Berliner Ampelkoalition gegen die Grünen durchgesetzt. Unter diesen Projekten befinden sich auch 66 Autobahnabschnitte in NRW – mit 730 maroden Autobahnbrücken, die beschleunigt saniert oder ausgebaut werden sollen. Der grüne NRW-Verkehrsminister Oliver Krischer hat sich lange Zeit vehement dagegen gewehrt, diese drängenden Infrastrukturprojekte zu beschleunigen. Und Ministerpräsident Hendrik Wüst hüllte sich in Schweigen.

„Wir haben uns stark dafür engagiert, dass die NRW-Landesregierung aus CDU und Grünen ihre unverantwortliche Brückenblockade aufgibt. Unser Engagement hat sich gelohnt“, erklärt Christof Rasche, Sprecher für Verkehr in der FDP-Landtagsfraktion. Verkehrsminister Krischer ist eingeknickt und hat, nach anfänglicher Blockade der Planungs-

beschleunigung, dringender NRW-Verkehrsprojekte – wenn auch nur zähneknirschend – zugestimmt. „Grüne Parallelrealitäten zu schützen schadet NRW. So gerade eben bekommt Schwarz-Grün bei der dringend notwendigen Planungsbeschleunigung noch die Kurve. Gut, dass der politische Eiertanz von Oliver Krischer beendet wurde. Schlecht, dass es dafür so viel Druck brauchte“, betont Henning Höne, Vorsitzender der FDP-Fraktion.

Wie geht es weiter? Reine Lippenbekenntnisse von CDU und Grünen wird die FDP-Landtagsfraktion nicht durchgehen lassen. Ministerpräsident Wüst und sein grüner Verkehrsminister müssen alles dafür tun, die beschleunigte Planung der NRW-Verkehrsprojekte zu unterstützen. „Wüst und Krischer dürfen dem Bundesverkehrsministerium bei der beschleunigten Umsetzung jetzt keine Knüppel zwischen die Beine werfen. Wir bleiben für alle Pendlerinnen und Pendler in NRW am Ball“, sagt Rasche. Denn bei zahlreichen NRW-Brücken ist eine Sperrung wie in Lüdenscheid innerhalb der nächsten zehn Jahre durchaus möglich. Die Rahmedetalbrücke wurde nun endlich gesprengt und der Weg für den Neubau ist frei. Das ist ein Hoffnungsschimmer für die Menschen und Unternehmen im Sauerland. So schnell muss es jetzt weitergehen. ■



LANDESVERBAND

ORGANISIERTE KRIMINALITÄT

KAMPF GEGEN ORGANISIERTE KRIMINALITÄT VERSTÄRKEN



Eine zentrale Herausforderung für den Zoll und die Sicherheitsbehörden ist die Bekämpfung von Organisierter Kriminalität und Geldwäsche. Mit mehr Personal, moderner Technik und geänderten Strukturen will Bundesfinanzminister Christian Lindner Erfolge erzielen: „Unser Ziel muss es sein, uns gegenüber den kriminellen Strukturen einen Vorsprung zu erarbeiten, indem wir noch fokussierter, effizienter und schlagkräftiger werden.“ Daher beauftragte Lindner die Generalzolldirektion damit, bis zum zweiten Quartal 2025 ein Bekämpfungszentrum für Organisierte Kriminalität im Zollkriminalamt aufzubauen. „Wir nutzen die Stärken des Zolls auch bei den Finanzermittlungen. Neben einer nachhaltigen Strafverfolgung gilt es, die Täter da zu treffen, wo es ihnen am meisten weh tut: bei illegalem erlangtem Vermögen.“ ■

LANDESVERBAND

ENERGIEPOLITIK

GEBÄUDEENERGIEGESETZ: SMARTER KLIMASCHUTZ STATT ANGRIFF AUF DAS EIGENTUM



Die Transformation der Energieversorgung in Deutschland hin zur Klimaneutralität ist den Freien Demokraten wichtig. Sie muss aber bezahlbar bleiben und durch Anreize und Hilfen erreicht werden. Deshalb ist unser Instrument, um die Klimaziele zu erreichen, ein sektorübergreifender europäischer Emissionshandel. Dieser kann durch Förderprogramme unterstützt werden. Verbote lehnen wir als Instrument ab. Vor diesem Hintergrund haben die Freien Demokraten viele Verbesserungsvorschläge zum sogenannten Heizungsgesetz eingebracht. Bei der Überarbeitung des Gesetzentwurfs müsse Gründlichkeit vor Schnelligkeit gehen, machte FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai deutlich: „Sowohl bei den Koalitionsverhandlungen als auch im Koalitionsausschuss war uns das Thema Technologieoffenheit sehr wichtig. Die ist in der jetzigen Form nicht gegeben. Und wir stellen auch fest, dass die gesellschaftliche Akzeptanz für dieses Gesetz derzeit im Land nicht gegeben ist.“ ■

LANDESVERBAND

EINWANDERUNG

DEUTSCHLAND BEKOMMT EIN MODERNES EINWANDERUNGSRECHT



Der Bundestag hat das Fachkräfteeinwanderungsgesetz der Bundesregierung in erster Lesung beraten, mit dem qualifizierte Zuwanderung erleichtert und der Wirtschaftsstandort gestärkt werden soll. „Endlich bekommt Deutschland das moderne Einwanderungsgesetz, das ein modernes Einwanderungsland verdient“, so der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion Johannes Vogel. „Australien, Kanada oder Neuseeland machen uns schon lange vor, wie es geht: Mit einem Punktesystem – das kommt bald auch bei uns.“ ■



LANDESVERBAND

SICHERHEITSPOLITIK

ZUKUNFT DER SICHERHEITSPOLITIK IST EUROPÄISCH

Die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses im Deutschen Bundestag Marie-Agnes Strack-Zimmermann ist überzeugte Europäerin. Als nominierte Spitzenkandidatin der Freien Demokraten zur Europawahl lobt sie die gemeinsame Reaktion der EU-Staaten auf den völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieg in der Ukraine. In Krisensituationen benötige es „durchdachte, aber gleichzeitig schnelle Entscheidungen, und dabei auch Länder, die voran gehen“, so Strack-Zimmermann. Diese Entscheidungen könnten allerdings nur gemeinsam mit Partnern und gemeinsam mit der EU getroffen werden: „Die Zukunft der Sicherheitspolitik ist europäisch.“

Dass knapp 80 Jahre nach Kriegsende die europäischen Staaten von Deutschland Führung erbitten würden, sei ein Kompliment, unterstrich Strack-Zimmermann. „Und deswegen haben wir die verdammte Pflicht, diese Rolle als Deutsche anzunehmen.“ ■

LANDESVERBAND

KINDERSCHUTZ

CHATKONTROLLE HAT IM RECHTSSTAAT NICHTS VERLOREN

Kinder sollen besser vor Missbrauch geschützt werden. Die EU verhandelt daher seit Monaten über entsprechende Gesetzesvorschläge. Moritz Körner, Abgeordneter des Europäischen Parlaments, lehnt den Entwurf der Europäischen Kommission ab, da die aktuellen Änderungsvorschläge nicht ausreichend seien: „Um Kindesmissbrauch wirksam bekämpfen zu können, muss mehr in die Ausstattung der Polizei, der europäischen Polizeibehörde Europol und in die Zusammenarbeit der Behörden investiert werden. Eine allgemeine Überwachung unserer digitalen Kommunikation erinnert eher an chinesische Vorbilder als an europäische Werte.“ Eine in seinem Auftrag erstellte Studie des Wissenschaftlichen Dienstes im Europäischen Parlament kommt zu dem Schluss, dass der Vorschlag der EU-Kommission nur eine begrenzte Wirksamkeit besitzt. Gleichzeitig verstößt der Vorschlag der Kommission gegen die Charta der Grundrechte der EU.

Auch für Bundesjustizminister Dr. Marco Buschmann ist klar: „Eine Chatkontrolle hat in einem Rechtsstaat nichts verloren.“ In einem gemeinsamen Brief mit den Justizministern der Schweiz, Österreichs, Liechtensteins und Luxemburgs unterstreicht er, dass die Pläne der EU-Kommission für eine sogenannte Chatkontrolle zu weit gehen. Die Gesellschaft müsse vor anlassloser Überwachung geschützt werden. ■



LANDESVERBAND

NAMENSRECHT



MEHR FREIHEIT DURCH MODERNISIERTES UND VEREINFACHTES NAMENSRECHT

Bundesjustizminister Marco Buschmann passt das restriktive Namensrecht der Vielfalt der Lebensentwürfe der Gesellschaft an. „Die Reform des Namensrechts ist überfällig“, ist er überzeugt. Das geplante Reformvorhaben wird vor allem Erleichterungen durch neue Möglichkeiten der Namensgebung mit sich bringen. So soll es zukünftig möglich sein, dass Eheleute einen gemeinsamen Doppelnamen tragen und diesen auch an ihre Kinder weitergeben. Bisher ist das nicht erlaubt. Die Reform des Namensrechts stellt den Auftakt einer umfassenden Modernisierung des Familienrechts dar, die „zügig, aber sorgsam“ umgesetzt werden soll, so Buschmann. ■

404 error

ABI-PANNE UND DATENLECK BELASTEN NRW-SCHULLANDSCHAFT

**ARBEITSPLATZ SCHULE
FÜR LEHRKRÄFTE
ATTRAKTIVER GESTALTEN**

Viele Schülerinnen und Schüler haben sich wochenlang gezielt auf diesen Tag vorbereitet. Wer allerdings in den Fächern Biologie, Chemie, Physik, Technik, Informatik und Ernährungslehre die Abiturprüfung termingetreu ablegen wollte, wurde enttäuscht. Schulministerin Dorothee Feller (CDU) hat die Prüfungen verschoben. Serverprobleme beim Download der Abituraufgaben waren der Grund. Das gab es noch nie in Nordrhein-Westfalen.

Hinzu kam ein gravierender Fehler in der Kommunikation. Das wurde in einer Sondersitzung des Schulausschusses im Landtag deutlich. „Wir haben mehr und schneller Informationen aus dem Twitter-Lehrerzimmer als aus dem Ministerium erhalten“, sagt Franziska Müller-Rech, schulpolitische Sprecherin in der FDP-Landtagsfraktion. Der Rauch war noch nicht verzogen, da trat eine weitere IT-Panne zutage: Mindestens 16.557 Datensätze von Lehrkräften lagen ungeschützt auf dem Server des QUA-LiS – Landesinstitut für Schule. Und auch der Schutz von 3.765 Datensätzen mit weitergehenden personenbezogenen Daten war nicht ausreichend gewährleistet. Anstatt die Kommunikation zu verbessern, blieb Schulministerin Feller bei ihrer Salami-Taktik und informierte den Landtag nur scheinbarweise. „Die NRW-Landesregierung muss sicherstellen, dass personenbezogene Daten und Informationen von Lehrkräften, Schülerinnen und Schülern sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern stets sicher und geschützt gespeichert sind“, kritisiert Müller-Rech.

Die IT-Pannen im Schulministerium von Dorothee Feller haben zu Chaos und auch Frust in der Schülerschaft sowie bei

den Lehrkräften gesorgt. Dass die Abitur-Prüfungen dann doch stattfinden konnten, ist auch dem großen Engagement der Lehrerinnen und Lehrer zu verdanken.

**SCHWARZ-GRÜN HANDELT AN DER
LEBENSWIRKLICHKEIT DER LEHRKRÄFTE VORBEI**

Hier liegt gleich das nächste Problem: Anstatt das Arbeitsumfeld der Lehrkräfte zu verbessern und das Berufsbild attraktiver zu gestalten, rudert die Schulministerin in die entgegengesetzte Richtung und verbietet beispielsweise Teilzeitanträge. Dabei haben im vergangenen Jahr 800 Menschen in NRW den Schuldienst gekündigt, darunter 286 verbeamtete Lehrkräfte. Der Handlungsdruck ist also hoch.

Die FDP-Fraktion setzt sich für einen zeitgemäßen Arbeitsplatz Schule ein. Entsprechend müssen alle Maßnahmen von Schulministerin Feller, die das Arbeitsumfeld Schule verschlechtern, umgehend zurückgenommen werden. Zu diesen gehören Teilzeitverbote, Abordnungen ohne Einverständnis der Lehrkräfte sowie eine Ausweitung des Einsatzradius nach Rückkehr aus Beurlaubung oder Freistellung. Damit der abwechslungsreiche und sinnstiftende Lehrerberuf auch im Alltag attraktiv ist, müssen die Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte modernisiert werden. „Die Lehrerinnen und Lehrer tragen bereits jetzt die ganze Last. Längere Arbeitszeiten sowie Teilzeit- und Sabbaticalverbote gehen an der Lebenswirklichkeit der Menschen vorbei. Stattdessen brauchen wir mehr Personal in den Schulen, einen attraktiveren Seiteneinstieg und eine Stärkung der Schulleitungen, zum Beispiel mit mehr individuellem Schulbudget“, so Müller-Rech. ■

LANDTAGSFRAKTION

ABGEORDNETENRECHTE

GEFAHR FÜR DIE DEMOKRATIE

LANDTAGSFRAKTIONEN REICHEN KLAGEN EIN

Die Fraktionen von FDP und SPD haben im April umfangreiche Klagen gegen die NRW-Landesregierung aus CDU und Grünen eingereicht. Diese betreffen die fragwürdige Konstruktion des schuldenfinanzierten „Sondervermögens zur Krisenbewältigung“, die aus Sicht der Fraktionen verfassungswidrig ist. Die FDP-Fraktion hat aufgezeigt, dass frühe Hilfen für Unternehmen und die Bürgerinnen und Bürger in der Krise verfassungsgemäß und ohne Schulden möglich gewesen wären. Professor Dr. Simon Kempny, vom Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Steuerrecht an der Universität Bielefeld, betreut die Klagen für SPD und FDP beim Verfassungsgerichtshof.

Weiter ging es im Mai: Die Grundlage dafür, Milliardensummen und jahrzehntelange Schuldenverpflichtungen für die Bürgerinnen und Bürger aufzunehmen, haben die so-

nannten „Notlagenbeschlüsse“ im parlamentarischen Verfahren geschaffen. Dieses Verfahren haben die Freien Demokraten stark kritisiert und zusammen mit der SPD auch dagegen beim Verfassungsgerichtshof Klage eingereicht.

ABGEORDNETE ÜBERRUMPELT

Schwarz-Grün hat bei den Notlagenbeschlüssen ein insgesamt chaotisches Verfahren aufgesetzt und die Abgeordneten überrumpelt. Den Antrag zur Feststellung der zweiten „außergewöhnlichen Notsituation“ erhielten die Abgeordneten erst 26 Minuten vor Beginn der Landtagsitzung. „Abgeordnete müssen die Möglichkeit haben, die zur Rechtfertigung einer solchen Notlage angeführten Informationen und Gutachten bewerten zu können. Schwarz-Grün hat dies bewusst missachtet, um über Parlamentsmehrheiten Fakten zu schaffen. Das lassen wir so nicht durchgehen“, erklärte Henning Höne, Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion NRW, bei einem gemeinsamen Pressegespräch mit SPD-Fraktionschef Thomas Kutschaty sowie Universitätsprofessor Dr. Hinnerk Wißmann und Professor Dr. Martin Beckmann. ■

**LANDTAGSFRAKTION**

BERUFLICHE BILDUNG

AUF DEM WEG ZUM MEISTERSTÜCK

Die FDP tritt für eine Gesellschaft ein, in der jede und jeder unabhängig von Geburtsort oder Elternhaus seine persönlichen Ziele erreichen und sich seine Wünsche erfüllen kann. Menschen sind mit unterschiedlichen Talenten und Startvoraussetzungen ausgestattet, daher brauchen wir unterschiedliche Aus- und Fortbildungswege. Das betonten der parlamentarische Geschäftsführer Marcel Hafke und die stellvertretende Vorsitzende Angela Freimuth bei einem Pressegespräch.

GLEICHWERTIGKEIT MIT VERFASSUNGSRANG

Es ist die große Stärke des deutschen Systems der dualen Berufsausbildung, dass sowohl beruflich Qualifizierte als



auch Hochschulabsolventinnen und -absolventen gute Verdienst- und Aufstiegschancen haben. Allerdings hat in den letzten 30 Jahren die Attraktivität einer Berufsausbildung in den Augen junger Menschen im Vergleich zum Hochschulstudium erheblich abgenommen. Die Zahl der neuen Ausbildungsverträge geht sogar absolut zurück.

Die FDP-Landtagsfraktion setzt sich mit einer Gesetzesinitiative dafür ein, die Attraktivität sowie das gesellschaftliche Ansehen von Auszubildenden und beruflich Qualifizierten zu steigern. „Deshalb schlagen wir Freie Demokraten vor, die Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung in der NRW-Landesverfassung festzuschreiben. Ein solcher Programmsatz in unserer Verfassung wäre eine deutliche Mahnung an Entscheidungsträger und Öffentlichkeit, in allen Politikbereichen auf die Beseitigung von Nachteilen für Auszubildende und beruflich Qualifizierte hinzuwirken“, erklären Freimuth und Hafke. Zu dem Thema wird die Fraktion eine Fachkonferenz mit Bettina Stark-Watzinger, Bundesministerin für Bildung und Forschung, ausrichten. ■

LANDESVERBAND

LANDESFACHAUSSCHÜSSE

EIN UPDATE FÜR UNSERE LANDES- FACHAUSSCHÜSSE



Im Rahmen unseres Arbeitsprogramms im Landesvorstand (siehe Liberal.NRW 01/2023) wollen wir unsere Parteiarbeit gezielt weiterentwickeln. Auch bei der Erarbeitung unserer programmatischen Positionierung und der Entwicklung neuer Ideen wollen wir noch besser werden. Wir haben daher ein Update für unsere Landesfachausschüsse (LFA) auf den Weg gebracht.

Die Landesfachausschüsse sind die zentrale Säule der Programmarbeit der FDP NRW. Sie haben die Aufgabe, neue programmatische Ideen zu entwickeln, Anträge und Positionspapiere vorzubereiten und den Landesvorstand in inhaltlichen Fragen zu beraten. Die LFA sind also unsere programmatischen Ideenschmieden, fungieren aber auch als Austauschplattformen für unsere Mitglieder. Schließlich haben wir viele kluge Köpfe, viel Fachwissen und viel Erfahrung in unseren Reihen. Dieses Potential wollen wir künftig noch besser nutzen.

DAS HABEN WIR KONKRET MIT UNSEREM UPDATE UMGESETZT:

- ✓ In der thematischen Aufteilung haben wir die einzelnen Fachausschüsse wieder stärker an unserem Leitbild orientiert.
- ✓ Als Landesvorstand wollen wir noch enger mit unseren Landesfachausschüssen zusammenarbeiten. Jeder Landesfachausschuss wird deshalb von einem Paten aus den Reihen des Landesvorstands begleitet. Thematisch werden alle Landesfachausschüsse künftig in festgelegten Zeiträumen zu bestimmten Themendächern arbeiten.
- ✓ Die Mitglieder der Landesfachausschüsse sollen künftig wieder von den Kreisverbänden und den Vorfeldorganisationen benannt werden, allerdings ohne zahlenmäßige Beschränkung.
- ✓ Erstmals haben wir die Vorsitzenden der Landesfachausschüsse nach einer transparenten und mitgliederöffentlichen Ausschreibung eingesetzt.



Mehr Informationen
zu unserem Leitbild
finden Sie hier:



UNSERE NEUEN LANDESFACHAUSSCHÜSSE:

THEMENFELD LEITBILD	LANDESFACHAUSSCHUSS	VORSITZ	PATE/PATIN LANDESVORSTAND
WELTBESTE BILDUNG FÜR JEDEN	Schule und frühkindliche Bildung	Frank Schniske	Berit Seidel
	Wissenschaft und Innovation	Bettina Wanner	Mathias Richter
	Kultur, Medien und Kreativwirtschaft		Thomas Nückel
VORANKOMMEN DURCH EIGENE LEISTUNG	Wirtschaft, Industrie und Mittelstand	Ulrike Rondorf	Reinhard Houben
	Arbeit und Soziales	Tina Pannes	Jens Teurtrine
SELBSTBESTIMMUNG IN ALLEN LEBENSLAGEN	Gesundheit und Pflege	Christine Rachner	Susanne Schneider
	Innen- und Rechtspolitik	Marie-Charlotte Claßen	Marc Lürbke
	Sport und Ehrenamt	Andy Franke	Christof Rasche
FREIHEIT UND MENSCHENRECHTE WELTWEIT	Diversität, Generationen & Geschlechter	Fardad Hooghoughi	Petra Franke
	Europa, Internationales und Verteidigung	Andreas Schwenk	Anna Neumann
POLITIK, DIE RECHNEN KANN	Finanzen, Steuern und Haushalt	Willy Blaßies	Ralf Witzel
	Digitalisierung und funktionierender Staat	Andreas Weigel	Laura Stelzhammer
NACHHALTIGKEIT DURCH INNOVATION	Klima und Energie	Markus Weber	Mauritz Faenger-Montag
	Kommunales, Bauen und Wohnen	Stephan Meyer	Jan Maik Schliffter
	Mobilität und regionale Entwicklung	Thomas Mertens	Christian Pohlmann
	Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Verbraucherschutz	Otto Strecker	Katharina Willkomm



Beim Parteiprogrammatischen Wochenende (PPW) im Juni werden sich die neuen Landesfachausschüsse konstituieren und ihre Arbeit aufnehmen. Wir sind überzeugt: Mit diesem Update sind wir gut aufgestellt und werden die programmatische Arbeit unseres Landesverbandes entscheidend voranbringen. ■

HABEN AUCH SIE INTERESSE,

sich mit Ihrem Fachwissen einzubringen und in einem Landesfachausschuss mitzuarbeiten? Dann wenden Sie sich gerne an Ihren Kreisverband oder an eine unserer Vorfeldorganisationen. Diese sind zuständig für die Nominierungen und geben Ihre Bereitschaft an die Landesgeschäftsstelle weiter.



Alle Informationen zu unseren Landesfachausschüssen finden Sie auch auf unserer Website:





DIALOG IM LANDTAG ... UND VOR ORT

Nach dem Jahresauftakt ging es mit spannenden Veranstaltungen weiter: in der Kategorie „Dialog im Landtag“ u. a. zur Stärkung der Rolle der Frau (und begleitender, sehr gut besuchter Fotoausstellung) sowie dem vielbeachteten ersten Liberalen Seniorentag. Angebote der Landtagsfraktion für den „Dialog vor Ort“ waren ein Kulturfrühstück und ein Diskussionsformat mit dem Bestseller-Autor Christoph Keese „Zukunft – made in NRW“. Die wertvollen Impulse durch den Austausch mit Besucherinnen und Besuchern fließen in die Arbeit der FDP-Landtagsfraktion ein. Politik lebt nun mal vom vitalen Austausch. Ganz gleich, ob im Landtag oder vor Ort: immer liberal, persönlich und gemeinsam! ■



FDP-LANDTAGSFRAKTION NRW



@FDPFraktionNRW



@FDPFraktionNRW



@fdpltf_nrw



@FDPFraktionNRW



FDP-Landtagsfraktion NRW



FDP-LANDESVERBAND NRW



@fdpnrw



@fdp_nrw



@fdpnrw



@FDPLandesverbandNRW



QR-CODES JETZT EINFACH MIT DEM SMARTPHONE SCANNEN!

LANDTAGSFRAKTION:



DIALOG

VOR ORT

10.08.2023, 18:30 Uhr

JAHRESBILANZ-TOUR
DÜSSELDORF

13.08.2023, 10:00 Uhr

KULTURFRÜHSTÜCK
AACHEN

29.08.2023, 18:30 Uhr

JAHRESBILANZ-TOUR
DORTMUND

Nähere Informationen zu diesen und weiteren Veranstaltungen finden Sie unter:



fdp.fraktion.nrw/termine

05.09.2023, 18:30 Uhr

JAHRESBILANZ-TOUR
KÖLN

07.09.2023, 18:30 Uhr

JAHRESBILANZ-TOUR
BIELEFELD

28.09.2023, 18:30 Uhr

JAHRESBILANZ-TOUR
MÜNSTER



LANDESVERBAND:

24./25.11.2023

**LANDESVERTRETERVERSAMMLUNG UND
AUSSERORDENTLICHER LANDESPARTEITAG**
KAMEN

LANDTAGSFRAKTION

MELDUNG // INFRASTRUKTUR

BRÜCKENDESASTER AUFKLÄREN – INFRASTRUKTURSTAU AUFLÖSEN



Die Rahmede-Talbrücke an der A45 wurde aufgrund des Einsatzes von Bundesverkehrsminister Volker Wissing schnell gesprengt. Für die Region ist das ein positives Signal. Der Weg für den Neubau ist frei. Während der Bund Fakten geschaffen hat, stellt sich in NRW auch die Frage der

Verantwortung. Auf Initiative der Fraktionen von SPD und FDP hat der Parlamentarische Untersuchungsausschuss (PUA) „Brückendesaster und Infrastrukturstau“ seine Arbeit aufgenommen.

Ministerpräsident Hendrik Wüst hat permanent öffentlich beteuert, als damaliger Verkehrsminister an der Entscheidung, den Neubau zu verschieben, nicht beteiligt gewesen zu sein. Recherchen von Journalisten haben allerdings gezeigt, dass es an dieser Aussage Zweifel gibt. Wichtiger Schriftverkehr aus damaliger Zeit ist jedoch gelöscht worden. Und es steht der Verdacht im Raum, dass Parlament und Öffentlichkeit belogen wurden. „Die FDP-Landtagsfraktion wird sich weiter für die Menschen in der Region einsetzen. Wir wollen Licht ins Dunkel zu den damaligen Entscheidungsprozessen bringen“, erklärt Henning Höne, Vorsitzender der FDP-Fraktion im Landtag NRW. ■

LANDTAGSFRAKTION

MELDUNG // WOLFSMANAGEMENT

WOLFPOLITIK 2.0 – DAS WOLFSMANAGEMENT IN NRW BRAUCHT EIN UPDATE



Weidetierhalterinnen und Weidetierhalter leisten für die Gesellschaft und die Natur einen enormen Dienst. Doch diese so wichtige Arbeit ist durch die Ausbreitung des Wolfes gefährdet. Die FDP-Landtagsfraktion schlägt ein Update für das Wolfsmanagement mit einem länderübergreifenden und belastbaren Monitoring vor. Außerdem braucht es eine Lockerung des Schutzstatus. Die Landesregierung sieht allerdings keinen Handlungsbedarf. „Laut Umweltminister Krischer ist die Problematik mit dem Wolf nicht so groß wie sie wirkt. Diese Inaktivität wird dazu führen, dass die Weidetierhaltung in NRW zurückgehen wird. Die Weidetierhalterinnen und Weidetierhalter fühlen sich durch solche Äußerungen im Stich gelassen“, sagt Dietmar Brockes, Sprecher für Umwelt in der FDP-Landtagsfraktion NRW. ■

LANDTAGSFRAKTION

MELDUNG // CSD

SINNESWANDEL DER LANDESREGIERUNG: CHRISTOPHER-STREET-DAYS WERDEN NUN DOCH GEFÖRDERT



Gute Nachrichten für die LSBTIQ*-Community. Der Einsatz der FDP-Landtagsfraktion NRW hat sich gelohnt. Anders als zunächst angenommen, wird das Land nun doch Christopher-Street-Days (CSD) mit insgesamt 145.000 Euro fördern. Die schwarz-grüne Landesregierung hat ihren Fehler erkannt. „Insbesondere nach der Pandemie sind die CSDs auf die versprochene Unterstützung angewiesen. Es wäre ein fatales Zeichen an die gesamte CSD-Community gewesen, sich an dieses Versprechen nicht zu halten“, sagte Franziska Müller-Rech, queerpolitische Sprecherin in der FDP-Fraktion, dem Kölner Stadt-Anzeiger. ■

LANDESVERBAND

FRAGEBOGEN

BETTINA HOUBEN

Wie sind Sie damals zur FDP gekommen?

BH: Ich bin in einem liberal denkenden, an historischen Entwicklungen interessierten Elternhaus aufgewachsen. Die Lektüre der Tageszeitung war für mich selbstverständlich, schon im Grundschulalter. Durch die Ansprache von jungen FDP-Mitgliedern, die aktiv Studentenpolitik machten, bin ich dann nach dem Abitur Mitglied der Julis geworden und habe dort Aufgaben übernommen. Ich habe mich dann auch in der FDP eingebracht und die Diskussionen bereichert, den Altersdurchschnitt verändert und mit dazu beigetragen, dass die FDP etwas familienfreundlicher wird. Mit anderen jungen Eltern haben wir erreicht, dass es bei den Landes- und Bundesparteitag eine Kinderbetreuung gibt.

Wofür stehen die Liberalen Frauen in NRW und wofür setzen sie sich besonders ein?

BH: Frauen stehen im täglichen Leben vor anderen Herausforderungen als Männer. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, aber auch von gesellschaftlichem Engagement, muss selbstverständlich sein. Wir, die Liberalen Frauen, setzen uns ein für Gleichberechtigung und Gleichstellung, die Wertschätzung von Care- und Familienarbeit, die Überwindung des Gender-Pay- und des Gender-Renten-Gap, Bildungsgechtigkeit, Selbstbestimmung und freie Entfaltung. Jede Art von Diskriminierung, sei sie sexueller, rassistischer, religiö-

ser Art, ist zu verurteilen und ahnden. Wir setzen uns dafür ein, dass Frauen in der FDP sichtbar sind und mehr werden! Unsere Kandidatinnen-Flyer zur Bundestags- und zur Landtagswahl waren das einzige Werbemittel speziell für die Wählergruppe der Frauen. Eine Veranstaltung, die pünktlich beginnt und eine festgelegte Dauer nicht überschreitet, ist nicht nur für Frauen attraktiver. Und ein heller, freundlicher, gut zu erreichender Ort ist für alle Besucher einladender als ein dunkles, schlecht erreichbares Hinterzimmer.

Vorsitzende
der Liberalen
Frauen NRW



Welches Thema ist Ihnen im Moment besonders wichtig?

BH: Frauen für die FDP zu werben, eine wertschätzende Kommunikation in der FDP zu etablieren, eine Willkommenskultur zu etablieren und Frauen in einer angemessenen Parität in Führungspositionen der FDP zu sehen. Die FDP ist ein wertvoller Teil der Demokratie und der parlamentarischen Arbeit, sie kümmert sich gleichermaßen um Bürgerrechte, um eine solide wirtschaftliche Basis unseres Staates und um Bildung. Dazu muss sie aber insbesondere auch von Frauen gewählt werden, da diese einen Großteil der Wahlberechtigten ausmachen. Daran möchte ich, möchten wir, die Liberalen Frauen, mitwirken. Als Ärztin freut es mich sehr, dass § 219a StGB abgeschafft wurde. So ist es möglich, neutrale Informationen von kompetenter Seite zu erhalten, ohne dass demjenigen, der informiert, ein Strafverfahren droht. Die Situation der Pflege ist, auch angesichts der alternden Bevölkerung, ohne ideologische Scheuklappen zu verbessern, im ambulanten wie im stationären Bereich.

ODER FOLGEN SIE UNS AUF SOCIAL-MEDIA-KANÄLEN.



fdp.nrw/liberal.nrw

fdp.fraktion.nrw/liberal.nrw



YOUTUBE

[Landesverband](#)
[Landtagsfraktion](#)



FACEBOOK

[Landesverband](#)
[Landtagsfraktion](#)



TWITTER

[Landesverband](#)
[Landtagsfraktion](#)



INSTAGRAM

[Landesverband](#)
[Landtagsfraktion](#)